



Felix Heiligenstühler
SDAJ Gütersloh
30. März 2013
Ostermarsch OWL/Senne 2013

Nein zur Bundeswehr als Arbeitgeber! Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze!

Sehr geehrte AntimilitaristInnen, liebe Freunde,

Wir die SDAJ Gütersloh, unterstützen auch in diesem Jahr den Ostermarsch in OWL/Senne, um gegen die zivilmilitärische Zusammenarbeit der Bundeswehr und gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft zu demonstrieren.

Dass es der Bundeswehr, nicht um die Wahrung der Demokratie oder Menschenrechte geht, sondern um die „Sicherung der Handelswege und Rohstoffe“, ist seit spätestens Bundespräsident Köhler mehr als offensichtlich. Um die aktuellen und zukünftigen deutschen Kriegseinsätze abzusichern, damit sich Deutschland als imperialistischer Globalplayer weiter halten kann, wurde die Wehrpflicht abgeschafft und die Bundeswehr in eine „effektivere“ Berufsarmee umstrukturiert.

Seien es Truppen in Afghanistan, Somalia, Türkei, oder Kosovo oder logistische und technische Unterstützung wie im Irak, oder in Libyen: Die Bundeswehr ist an Kriegseinsätzen rund um die Welt beteiligt und dafür gibt die Bundesregierung jährlich über 30 Milliarden Euro her.

Während es an sicheren Ausbildungs- und Arbeitsplätzen massiv mangelt, unsere Klassenzimmer und Universitäten vor Überfüllung platzen und uns durch Leiharbeit und HartzIV, die Perspektive für die Zukunft gestohlen wird, werden Milliarden Euros in Rüstung, Krieg und Militär verpulvert. Geld, das für unsere Ausbildung fehlt!

Die Bundeswehr nutzt die zivilmilitärische Zusammenarbeit und ist zu dem ein großer Profiteur des Ausbildungsplatzmangels. Mit Auftritten auf Jobmessen, bei denen sie auf die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen setzte um neue Soldaten zu rekrutieren,

versprechen sie ihnen qualifizierte Ausbildungsplätze und ein Riesen Abenteuer. Denn nur so nehmen Jugendliche notgedrungen das Angebot an, zur Bundeswehr zu gehen und damit ein Jahr Auslandseinsatz in Kauf zu nehmen – inklusive der Risiken und Nebenwirkungen: Verstümmelt, traumatisiert oder getötet zu werden. Auch wenn sie gesund vom Einsatz zurückkommen erleben sie eine böse Überraschung, denn die Ausbildungsangebote bei der BW, sind auf dem freien Arbeitsmarkt nicht anerkannt.

Die Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Bildungsministerien, die mittlerweile in acht Bundesländern existieren und der Bundeswehr ermöglichen ihre Militärpropaganda mit Hilfe ihrer Jugend Offiziere in unsere Klassenzimmer und Hörsäle zu tragen und passend dazu der Brief unseres ehemaligen Verteidigungsminister Franz Josef Jung im Juni 2009, an die Ministerpräsidenten der Bundesländer, in dem er dafür warb, diese Vereinbarungen zu unterzeichnen, um „ein klares gesellschaftspolitisches Signal“ zu setzen, zeigen auf, dass es der BW in erster Linie nicht darum geht neues „Kanonenfutter“ anzuwerben, sondern vielmehr darum, eine Akzeptanz innerhalb der zivilen Bevölkerung für das Militär und deutsche Kriegseinsätze zu schaffen.

Wenn die Bundeswehr an unsere Schulen, Universitäten und Berufsmessen kommt, dann ist dies ein politisch gewollter Angriff auf die freie Meinungsbildung von Schülerinnen und Schülern, Azubis und Studierenden.

Daher fordern wir:

- **Ein Verbot der Bundeswehr an Schulen, Universitäten und Jobmessen!**
- **Weg mit der psychologischen Kriegsführung!**
- **Militäreinsätze beenden! Politik für Menschen, statt für Banken und Konzerne!**
- **Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze!**